

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verkehrsstreik in Baden.

Freiburg, 5. Februar. (WZB.) Die von den Franzosen angelegte Sperre des Eisenbahnverkehrs zwischen Offenburg und Appenweiler ist gestern abend nicht eingetreten. Der Zugverkehr wickelte sich bis Mitternacht ziemlich normal ab. Am diese Zeit wurde jedoch der Bahnkörper erneut militärisch besetzt, worauf das Personal den Betrieb stilllegte. Gegenwärtig ist die direkte Verbindung Freiburg-Karlsruhe unterbrochen.

Baurat Sängler ist von den Franzosen verhaftet worden. Die Reichsregierung wird natürlich gegen die Vergewaltigung badischen Gebietes und die Besetzung der Städte Offenburg und Appenweiler scharf protestieren.

Zu der englischen Zone.

Essen, 6. Februar. (WZB.) Die Eisenbahner des besetzten Gebietes haben vom Reichsverkehrsministerium auf dringende Forderung des Auswärtigen Amtes hin den Befehl erhalten, innerhalb der englischen Zone alle Züge mit deutschem Personal zu fahren, auch Truppentransporte, die für das widerrechtlich besetzte Gebiet bestimmt sind. So wurde ein von Koblenz kommender französischer Truppentransport von Brühl bis Borsingen von deutschem Personal gefahren. Von Borsingen bis Neuf mußten französische Eisenbahner die Führung wieder übernehmen.

Proteststreik.

Essen, 5. Februar. (WZB.) Als Protest gegen die Erziehung des Schuldieners Haumann in Brechten haben sämtliche Behörden und Werke in Brambauer für 24 Stunden die Arbeit niedergelegt.

Sonntag.

Essen, 5. Februar. (WZB.) Da die Kaufmannschaft in Witten sich entschieden weigert, an Franzosen Waren zu verkaufen, hat der französische Kommandant dem deutschen Polizeichef in Witten offiziell mitgeteilt, daß bei einer weiteren Weigerung die Franzosen die Bäden gewaltsam schließen würden.

Die Kohlenblockade.

Essen, 5. Februar. (WZB.) Alle Grenzstationen melden, daß die Reparationskohle für Italien, ebenso wie die Vertragskohle für Holland und die Schweiz nach wie vor zurückgehalten wird. Die Durchfuhr von Nebenprodukten der Kohle, wie Benzin, Teer usw., ist ebenso wie die Durchfuhr von leeren Kohlenwagen gesperrt. Die Kontrolllinie im Süden und Südosten läuft zurzeit über Bredel-Aplerbeck-Süd-Bergshofen-Kirch-Hörde-Bättringhausen-Borhalle. Schwerte und Hörde sind ebenfalls von Truppen frei. Der Bahnhof Geseke ist seit einigen Tagen wieder frei.

In Aplerbeck-Süd sind heute vormittag 50 bis 60 Mann französischer Eisenbahner (Soldaten) eingetroffen. Die Strecke Sechten-Koblenz liegt wieder still, weil das Koblenzer Personal sich geweigert hat, einen Zug mit Truppen nach Bergisch-Born zu fahren. Die Franzosen haben den Zug selbst nach Neuf gefahren. Der Bahnhof Weden ist ebenfalls stillgelegt. In Elberfeld-Barmen ist die Lage unverändert.

Amerika und der Gewerkschaftsappell.

New York, 6. Februar. (EE.) Der Anruf der deutschen Gewerkschaften an Amerika, in der Ruhrfrage zu intervenieren, wurde durch den Gewerkschaftsführer Samuel Gompers dem Senat und dem Repräsentantenhaus übergeben. Weder Senat noch Repräsentantenhaus erklärten sich bereit, die Denkschrift auf die Tagesordnung zu setzen. Verschiedene Sprecher erklärten sich gegen jede Intervention in Amerika. In einem Begleitschreiben legte Gompers dar, daß er den Protest Deutschlands nur insofern billige, als er sich gegen Zwangsarbeiten im Ruhrgebiet unter der Drohung militärischer Druckmittel Frankreichs wende. Aber er stimme mit Frankreich darin überein, daß dies das Recht auf Reparationszahlungen habe.

Bei einer Besprechung des Antrags Gompers im Repräsentantenhaus erklärte Porter (Republikaner), der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, daß das Haus sich für die Intervention nicht aussprechen könne, da mehrere Mitglieder im Kongreß der Ueberzeugung seien, daß Frankreich das Recht hatte, als es das Ruhrgebiet besetzte. Im Senat erklärte der Demokrat King, er sei für den Eintritt Amerikas in den Völkerverbund. Er unterstütze den Plan Vorahs auf Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz.

Der Beschluß des amerikanischen Parlaments, den Appell der deutschen Gewerkschaften nicht auf die Tagesordnung zu setzen, kommt keineswegs überraschend. In dem Appell wurde ausdrücklich gesagt, daß er kein Versuch sei, Amerika zu bewegen, eine bestimmte Haltung zugunsten der einen oder der anderen Partei einzunehmen. Er wende sich an das Ehrgefühl Amerikas und an seinen Sinn für anständiges Spiel. In diesem Sinne wird der Appell der deutschen Gewerkschaften seine Wirkung auf das amerikanische Volk und vor allem auf die Arbeiterklasse nicht verfehlen, auch wenn Senat und Repräsentantenhaus aus formellen Gründen den Appell nicht auf die Tagesordnung gestellt haben.

Hufemanns Unterredungen.

Die „B. Z. A.“ läßt sich aus Essen einen Bericht der „Rhein-Weiß. Ztg.“ über Unterredungen telegraphieren, die der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Genosse Hufemann, mit zwei Abgeordneten der französischen Regierung auf deren Ansuchen gehabt hat. Sie verliefen natürlich völlig negativ, die französischen Ansinnen sind, wie die „B. Z.“ sagt, an der „gut deutschen Haltung“

Kanzlerrede in Münster.

Münster, 6. Februar. (WZB.) Reichskanzler Dr. Cuno hatte am Montag in Elberfeld eine Besprechung mit einer kleinen Zahl führender Männer aller Kreise und wohnte sodann einer Sitzung in Barmen bei, an der Abgeordnete des rheinischen Provinziallandtages aus aller Parteien teilnahmen. Der Kanzler betonte, daß die Reichsregierung in ihren Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen keinen Unterschied zwischen alt- und neubesetztem Gebiet mache. In beiden Besprechungen trat die einmütige Auffassung zutage, daß der von der Reichsregierung und der Bevölkerung geführte Abwehrkampf gegen den belgisch-französischen Rechtsbruch unabweisbar fortzuführen sei. Von Barmen begab sich der Kanzler nach Münster aus Anlaß der Tagung des westfälischen Provinziallandtages. Im Sitzungssaal ergriff der Kanzler das Wort zu einer Ansprache. Er führte u. a. aus:

Was Sie hier heute beschäftigt und was jeden Menschen beschäftigt, Tag und Nacht, der noch deutsches Blut in seinen Adern hat, das ist unsere ernste gegenwärtige Lage. Das ist der freudlose Rechtsbruch, der Rechtsbruch der Franzosen und Belgier, der Bestehen niedertritt, um Kohle und Koks, diese Schätze der roten Erde, widerrechtlich sich anzueignen. Und da ist es am Plage, daß man sich Rechenschaft darüber gibt, ob dieser Rechtsbruch hätte vermieden werden können. Der direkte Weg der Verständigung ist nicht einmal, sondern mehrmals angeboten worden. Er ist abgelehnt worden. Nicht finanzielle Sicherheit, nicht wirtschaftliche Sicherung Frankreichs, nicht einmal ein Interessenausgleich der beiderseitigen Industrien und auch nicht politische Sicherung, die der Rheinlandschaft gegeben hätte, war das Ziel der französischen Politik. Sondern die Hand auszustrecken nach weiterem Gebiet, nach Kohlen und Koks. Darüber muß man sich klar sein, wenn man die kritische Sonde an die Ruhraktion legt, daß alles nichts genutzt hätte, nur das eine, daß wir dem Feind gesagt hätten: „Nein!“ Dazu aber ist der Deutsche doch nicht schwach genug. Jetzt, wo alles geschehen ist, diesen Erfolg der französischen Politik zu vermeiden, müssen wir uns auch einmütig zusammenfinden zu resoluter Abwehr der französischen Gelfüste. Nur das hilft uns noch. Wenn wir uns jetzt nicht zusammenfinden, ist das deutsche Volk, ist die deutsche Wirtschaft, ist das Deutsche Reich verloren. Es gibt in diesem Augenblick keine Sonderpolitik, die die Regierung treiben wird. Das einzige Sonderinteresse, das ich kenne, ist das deutsche Interesse, in gleichem Maße für arm und reich, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. So stehen wir Schulter an Schulter in notwendiger Arbeitsgemeinschaft. Es gibt keine Frage, in der nicht sämtliche Mitglieder des Kabinetts einmütig zusammengestanden haben.

Auch Hermes im Ruhrgebiet.

Dortmund, 6. Februar. (WZB.) Gestern abend traf hier der Reichsfinanzminister Dr. Hermes mit einigen Beamten ein. Am Vormittag hatte er in Elberfeld Besprechungen gepflogen und zusammen mit dem Reichsfinanzler und Minister Seeger an den Beratungen in Barmen teilgenommen. Am Nachmittag fanden Besprechungen in Essen, Bochum und Dortmund statt. Der Minister sagte weitestgehende Berücksichtigung der Anregungen zu.

des Genossen Hufemann gescheitert. Wir möchten dazu bemerken, daß jener Bericht uns schon vorgestern zugeandt wurde mit dem Bemerkten, daß er nur zur Information, nicht zur Veröffentlichung bestimmt sei.

Der Vorgang wirkt geradezu symbolisch. Die Arbeiter und ihre Vertreter sehen keine Veranlassung, das, was die „B. Z.“ ihre „gut deutsche Haltung“ nennt, öffentlich ins Licht zu stellen. Für sie ist der Kampf für die Reichseinheit und gegen den französischen Imperialismus eine schlichte Selbstverständlichkeit.

Holländischer Protest.

Der Verband der niederländischen Gewerkschaftsvereine hat den Beschluß gefaßt, in ganz Holland Protestversammlungen gegen die Besetzung des Ruhrgebiets einzuberufen. Der Vorstand der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat sich diesen Beschluß zu eigen gemacht und für den 7. Februar in 23 Orten Hollands Protestversammlungen angekündigt.

Ludendorff darf nicht nach Wien.

Wien, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Als Ludendorff gestern spät abends mit dem Südbahnexpresszug aus Wiener Gemeindegelände eintraf, wurde der Zug schon in dem Vorortbahnhof Heubronn, unweit vom Schloß Schönbrunn, zum Halten gebracht und im Interesse der Ruhe in Wien der Eggenstein veranlaßt, auszuscheiden und draußen im Vorort zu übernachten, um heute früh nach München zurückzufahren.

Devisenabgabe - Dollarsenkung.

Heute trat am Berliner Devisenmarkt plötzlich eine beträchtliche Abschwächung ein. Diese ist um so auffälliger, als der heute veröffentlichte Reichsbankausweis für die letzte Januarwoche eine Steigerung des Notenumlaufs um 329,9 Milliarden aufweist. Der Notenumlauf der Reichsbank hat nahezu 2 Billionen Mark erreicht. Die bedeutende Steigerung aller Warenpreise und der Löhne und Gehälter zwingt anscheinend die Industrie, auf ihre Devisenbestände zurückzugreifen und sich durch Abgabe ausländischer Zahlungsmittel deutsches Papiergeld zu beschaffen. Heute wurden für Rechnung der Industrie erhebliche Devisenbeträge verkauft. Außerdem nahm aber die Reichsbank ihre Versuche zur Hebung des Marktkurses wieder auf. Gegen Mittag wurde der Dollar mit 38 000 M. gehandelt.

Wertbeständige Anleihen.

Von Robert Schmidt.

Die Vorlage des Etats für das Jahr 1923 hat uns eine kleine Ueberraschung geboten. Aus ihm ist nämlich zu schließen, daß endlich der Widerstand des Finanzministeriums und vielleicht auch der Reichsbank gegen die Herausgabe eines wertbeständigen Anlagepapiers gebrochen ist. Das Etatgesetz gibt der Reichsschuldenverwaltung das Recht, Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen und Reichswchsel in ausländischer Valuta oder ihrem Gegenwert in Mark, der nicht von vornherein feststeht, herauszugeben.

Schon im August vorigen Jahres, als die Mark noch nicht auf das heutige tiefe Niveau gesunken war, wurde in einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums und später auch von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit großem Nachdruck die Herausgabe eines wertbeständigen Papiers gefordert und darauf hingewiesen, daß die Devisenordnung ohne diese Ergänzung nicht voll zur Wirkung kommt. Die Kurzfristigkeit der Reichsbankverwaltung brachte dieses Projekt zu Fall. Der Reichsbankpräsident H a v e n s t e i n bemühte sich ganz besonders eifrig im Reichswirtschaftsrat, wo die Frage erörtert wurde, das Vorhaben als unmöglich und gefährlich hinzustellen und hatte leider mit seinen Darlegungen Erfolg.

Im Reichswirtschaftsministerium sah man die Vorgänge auf dem Geldmarkt etwas anders an als in der Industrie und Bankwelt. Die Bankwelt sah im Devisengeschäft eines ihrer einträglichsten Unternehmungen, an dem nicht gerüttelt werden durfte — deshalb auch die große Aktion gegen die Devisenverordnung. Eine Würdigung volkswirtschaftlicher Tatsachen, die den unmittelbaren Interessen dieser Kreise zuwider geht, wird man dort nur vereinzelt antreffen. Geschäft ist nun mal Geschäft! Und die Industrie wie auch der Großhandel kamen beim Devisenaufkauf auch auf ihre Rechnung und nötigten schließlich den Kleinhandel, ihre Lieferungen nicht mehr in Mark, sondern in fremder Währung zu zahlen. So hatten die beiden großen Kapitalistengruppen das Risiko von sich auf den Kleinhandel und die Verbraucher abgewälzt und standen sich dabei sehr gut, und sie hatten von ihrem rein geschäftlichen Standpunkt allen Anlaß, sich gegen jeden Versuch, diesem Treiben Einhalt zu gebieten, zu wenden. Der ganze Heerdbann der Interessenten lief nun gegen die sozialdemokratische Forderung Sturm und erreichte, daß die Bekämpfung der Devisenspekulanten zur Unfruchtbarkeit verurteilt wurde.

Nun hat sich seitdem manches geändert. Der neue Sturz der Mark ist so katastrophal, daß vom allgemein-wirtschaftlichen und politischen Standpunkt seinen Folgen, noch mehr aber denjenigen Kräften, die die Markkatastrophe begünstigen, entgegengetreten werden muß. Zudem hat die Herausgabe von wertbeständigen Papieren bei den Einzelstaaten begonnen, ferner kommt sie bei Privatbanken im Kreditverkehr in Anwendung, so daß nach diesen Erfolgen wohl die Reichsfinanzverwaltung den Tatsachen reichlich nachhinkt, wenn sie jetzt der besseren Erkenntnis Raum gibt.

Etwas spät, nachdem das Unheil größer geworden ist! Eine Taktik, die in den letzten Jahren immer wieder in Uebung ist und die dem Volke viel Schaden zufügt.

Weshalb brauchen wir ein wertbeständiges Papier? Die Anlage von Geld in festverzinslichen Werten (Staats- oder Gemeindeanleihen) oder auf Sparkassenguthaben ist bei einem Sinken der Kaufkraft der Mark mit Verlusten für den Gläubiger verknüpft. Deshalb bietet diese Anlagemöglichkeit Sparern und Besitzern von Mark keinen Anreiz. Das ist volkswirtschaftlich sehr zu bedauern, denn wir brauchen Kapitalien für die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft, wenn nicht Stillstand oder gar Rückwärtsbewegung eintreten soll. Die Anlage in fremden Werten wäre an sich für die deutsche Wirtschaft kein Verlust an Kapital, sofern die Anlage nicht im Ausland erfolgt und wenn nicht eine ganz unregelmäßige Deckung des Konsums mit der Frucht aus der Mark einherginge. Das Papiergeld flüchtet auch in die Ware. Das heißt: es werden Waren auf gekauft nicht für den notwendigen Gebrauch, sondern als Kapitalanlage benützt. Wiederrum ein volkswirtschaftlich ungesunder Vorgang.

Vielleicht schlimmer aber ist eine andere Wirkung: die enorme Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln, die nach den vorangegangenen Schilderungen künstlich gesteigert wird; sie muß zu einer Kerrütung des Geldmarktes wesentlich beitragen. Der Bedarf an Devisen sollte sich beschränken auf die Zahlungen, die wir für die Einfuhr aus dem Ausland aufbringen müssen. Hielten wir uns in diesen Grenzen, dann hätte die Mark nie so weit sinken können. Wenn nichts geschieht, so treiben wir die Papiermark nach dem Auslande, wo sie an den Börsenplätzen weiter den Kurs des deutschen Geldes abwärts drückt. Sind wir nicht in so ernsten Zeiten, daß wir diese uns zugefügten Schäden mit allen Mitteln unterdrücken müssen?

Hier kann nur die Zentralisation des Devisenhandels durch die Reichsbank und die Ablieferung der Devisen aus dem Ausfuhrhandel an diese Stelle helfen. Gewiß sträubt sich die Reichsbank dagegen wegen des großen Apparates, der hier einsehen müßte; aber das ist kein Grund für die Ablehnung, denn es handelt sich darum, noch fürchterlicheren wirtschaftlichen Folgen zu begegnen. Wir müssen alle vom Devisenaufkauf ausschalten, die keinen unmittelbaren Bedarf nachweisen. Wir kommen schon zu spät; sollen wir noch länger warten, so wird es immer schwerer, das Uebel auszurotten.

Für das Kapital, das Anlage sucht, muß dann aber eine wertbeständige Anleihe, am zweckmäßigsten kurzfristige Schatzanweisungen, zur Ausgabe gelangen. Die Ausgabe einer solchen Anleihe war im November vorigen Jahres schon hinlänglich vorbereitet, ist aber inzwischen unterblieben. Die Reichsbankverwaltung erklärte im Reichswirtschaftsrat u. a., es wäre kein Markt für ein solches Papier vorhanden. Mittlerweile haben Mecklenburg, Oldenburg und Preußen ein Papier ausgegeben, das als Maßstab des Wertes den Roggenpreis einsetzt. In Baden hat ein Elektrizitätswert eine Anleihe aufgelegt, welche den Kohlenpreis als Grundlage nimmt. Die Anleihen sind um das Mehrfache überzeichnet, so daß sich die Bedenken der Reichsbank als nicht stichhaltig erweisen. Auch Privatbanken sind dazu übergegangen, Kredite in Goldrechnung zu geben und sich zu decken in Schuldverschreibungen mit gleicher Verpfändung. Auch dafür scheint mit hin eine Aufnahmefähigkeit vorhanden zu sein.

Was bezwecken alle diese Maßnahmen? Die Mark als deutsche Währung aufrechtzuerhalten, die Nachfrage nach fremder Währung zurückzubringen. Wir werden nie eine Stützungsaktion für die Mark mit Erfolg unternehmen können, wenn wir nicht einem erheblichen Teil des anlagestehenden Kapitals auf den Weg der inneren wertbeständigen Anleihe, auch in der Form von Schatzanweisungen, verweisen können. Der Devisenmarkt muß frei werden von der künstlichen Überlastung, die den Kurs fortgesetzt abwärts drückt.

Dieser Kampf gegen das Spekulationsmonopol an der Börse muß durchgeführt werden, wir kommen sonst aus der Marktentwertung nicht heraus und zu einer Preisbewegung, die unerträglich wird. Alles Gerede über Wucher, wobei sich nicht selten der Unwille ganz unberechtigt gegen den Kleinverkaufer richtet, ist wirkungslos und trifft nicht den Kern der Sache. Das Hauptübel kommt vom Devisenmarkt, von der Börse. Hier haben sich Mißstände eingenistet, die alles überragen, was jemals der Kapitalismus an Auswüchsen gezeitigt hat. Greifen wir hier nicht rücksichtslos ein, dann sind alle Mühen vergebens, die Mark in ihrem weiteren Verfall aufzuhalten.

„Einheitsfront?“

Jeder hat die Sorgen, die seiner Denkweise entsprechen. In München hielt es Hitler für richtig, als Parole des Tages die „rücksichtslose Abrechnung mit den November-Verbrechern“ zu proklamieren. Die „Deutsche Zeitung“ hat dieselbe Sorge. Auch sie fürchtet nichts so sehr wie die Einheitsfront. Ihr ist nicht nur eine Einheitsfront mit der Sozialdemokratie verhaßt, für sie ist alles verderblich und bekämpfenswert, was links von ihr steht. Unter der Ueberschrift „Reichsverderber“ preist sie das neueste Buch des Krieger- und Flottenvereinsgenerals Keim über den „Reichsverderber Prinz Max von Baden“ an. Sie nennt die Einheitsfront die „gleiche Melodie“ wie den verderblichen Burgfrieden im Weltkrieg, und versichert, daß sie „von der Wehrmännerei genug habe“. „Einheitsfront? Zusammen mit den Novemberlingen von 1918?“ um Gottes willen! Das wäre allerdings für sie Finis Germaniae. Ein wenig Realpolitik hält freilich selbst die prinzipientreue „Deutsche Zeitung“ für notwendig. Darum versichert sie dem Reichszankler Cuno:

„Der Herr Reichszankler kann überzeugt sein, daß Hunderttausende hinter ihm stehen, wenn er seine mannhafte Politik wie bisher gegen Frankreich durchführt. Das Angstgestammel der Gewerkschaftsgrößen, die ihn zu Verhandlungen mit dem Erbfeinde Deutschlands bewegen möchten, darf ihn nicht beirren. Cuno darf nicht zum Prinzen Max von Baden degradiert werden.“

Die deutschen Arbeiter, auf deren Schultern in erster Linie die ganze Last der Verteidigung der Deutschen Republik ruht, werden mit den Hegeiern der „Deutschen Zeitung“ diesmal zweifellos einer Meinung sein. Eine Einheitsfront mit diesen Herrschaften, das wäre das schwerste Hindernis für Deutschlands Zukunft.

440 Millionen Mark für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft demüßigte der Haushaltsauschuss des Reichstages. Dieser Betrag soll noch verzehnfacht werden.

An den Völkerbund (Abt. Offertenannahme)

Das neue Jahr, von großen Hoffnungen, Inventurverkäufen und einer Kohlenpreiserhöhung eingeleitet, hat ersien den von den besseren Kreisen längst ersehnten Dollarhochflug, zweitens eine neue Welle in der internationalen Verständigung gebracht. Was den Dollar anbetrifft, so geht in der Allgemeinheit die Meinung um, daß die Mark die leidige Sepsisgeißel beibehalten wird, sich unter den Händen und unter der Aussicht ihrer eigenen schweißgewöhnten Erwerbsteile zu verflüchtigen, während ehrsame staatliche Körperschaften seit Jahren unentwegt die Verantwortung verfechten, die Mark sei eine wirkliche Mark, so wie wir es von früher her konnten. Zunächst handelt es sich um das hochwobstliche Staatliche Weidhaus, von unehrerbietigen Seiten, die das Erhabene in den Staub zu ziehen lieben, „Mutter Beten“ genannt; dies würdige Stätte geliegender Bürgerschaft erstreckt sich seit Jahren meines Zuspruchs, da es meine Erzieher einst verümt haben, mich von der Notwendigkeit des Ausgleichs von Einnahmen und Ausgaben zu überzeugen. Ich bin daher mit den einschlägigen Verhältnissen wohl vertraut. Bei Mutter Beten wirken in erhabener Ruhe, langsam, sicher und bedächtig, auch wenn der Andrang tollt, die tagelangen Beamten. Aber die Gemächlichkeit ist nur Schein. In ihrem Innern lebt wertlos von 9 bis 8 die bohrende Angst, „wenn der Dollar aber fällt!“. Sie befinden sich daher während der Dienststunden stets in der Defensivlinie. Ihr Wertmesser, nach dem sie die Pfänder beliehen, datiert um ein Vierteljahr zurück, was in der heutigen markstürzenden Zeit allerdings befremdend wirkt. Ich für meine Person habe heute meine lastbare Habe, die im Baden über 100 000 Mark kostet und bald das Doppelte kosten wird, versehen wollen. Der Taxator, der mir versicherte, Fachmann zu sein, bot mir 5000 Mark, worauf ich ihn fragte, ob er mir vielleicht einen Pfennig wecheln könne, und mein Angebot zurückzog. Smarte Leute machen sich die Verschiedenheit in der Auffassung der Wertbeständigkeit der Mark zunutze und wollen ihre auf heute herübergeretteten oder in der großen Zeit erhobenen Wertsachen als einwandfrei milchende Kuh. Wer z. B. 1000 Mark in Gold besitzt, konnte auf Kosten des Weidhoms leben, ohne einen Finger zu rühren und ohne sein Gold einzubüßen. Im August wird er dafür etwa 10 000 Mark bekommen haben; er verbraucht das Geld, borgt sich, wenn es alle ist, auf zwei Stunden die 10 000 Mark, läßt seine Goldsachen mit dem geborgten und inzwischen trotz der Zusage des Weidhoms entwerteten Geld ein und versteht sie sofort an derselben Stelle wieder, wobei er 70 000 Mark erzielt. Heute würde er für seine 1000 Mark eine Million beziehen. Die andere staatliche Stelle ist die ehrwürdige deutsche Gerichtsbarkeit. Im Februar vorigen Jahres wurde ich von meinem Chef, bei dem ich ein Monatsgehalt von 4000 Mark erziehe, angeblich wegen Frechheit Knall und Fall herausgeworfen. Ich verlangte ihn auf Zahlung eines halben Monatsgehalts. Mein Chef, der sich auf diese Weise einen ganzen Hochschornwagen voll Angelegten kostenlos halten kann, verstand es, den Prozeß bis heute hinauszuziehen. Wer die Schnelligkeit der Gerichte kennt, wird nicht erstaunt sein, wenn ich ihm verrate, daß die Entscheidung noch nicht gefallen ist. Aber selbst wenn ich den Prozeß heute glatt gewonnen hätte, kann ich mir für den Ertrag im ganzen zwei Dosen Schokolade kaufen. Dies versteht man unter Gerechtigkeit.

Kommunistische Kauferei.

Wir haben am Sonntag an der Hand der Ergebnisse des kommunistischen Parteitag gezeigt, daß die KPD. vor der Entscheidung steht, sich zu einer radikalen oppositionellen Arbeiterpartei zu entwickeln oder in sinnlosen — weil mit den realen Kräfteverhältnissen nicht vereinbaren — „Aktionen“ ihre Energie zu verpuffen. Die „Rote Fahne“ macht uns in einer Enigegnung darauf aufmerksam, daß, wenn „die KPD. an die Tagesnöte der Massen anknüpfe, wenn sie Sachwertverfassung und Arbeiterregierung fordere“, dann sei das etwas ganz anderes als was die schlappe Sozialdemokratie tue. „Die KPD. weiß, daß nur die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats die Massen aus der Not der Gegenwart herausführen kann.“ Mit etwas kühner Selbstsicherheit betont die „Fahne“, in der die „Realpolitiker“ sich offenbar jetzt nach dem Parteitagssiege als Herren der Situation fühlen:

„Die KPD. ist und bleibt die einzige Partei des Proletariats, die Realpolitik (!) treibt, weil und in dem sie die proletarische Diktatur als unverrückbares Ziel ihres Tageskampfes aufstellt.“

Das steht nun leider im Widerspruch zu den zahllosen Aeußerungen der rechten kommunistischen Führer selber, die in der Polemik gegen die Linke auf dem Parteitag gerade nachwies, daß die proletarische Diktatur eben vorläufig leider noch nicht das Ziel des Tageskampfes sei. Die auf dem Parteitag unterlegene Linke bekräftigt das ausdrücklich in einem Artikel, den die „Rote Fahne“ unter dem Druck der Berliner Organisation in ihrer heutigen Morgenausgabe veröffentlichen muß. In dieser Rundgebung der Opposition heißt es ganz ausdrücklich:

„Es ist seit einiger Zeit zur Mode geworden, die Diktatur des Proletariats und den offenen Bürgerkrieg als Angelegenheiten einer fernen Zukunft zu betrachten, während wir uns morgen und übermorgen nur mit „Uebergangsforderungen“ zu beschäftigen haben. Diese Trennung verfleischt das Gesicht der Partei.“

Auch sonst wird am Leipziger Parteitag eine außerordentlich scharfe Kritik geübt. Er habe nicht den Erwartungen entsprochen, „eine klare politische Abgrenzung der kommunistischen Partei und die Herausarbeitung einer festen Kampflinie“ zu schaffen. Das Hauptverrat habe sich „in seinem Niveau nur durch einen Ueberfluß an unpolitischen Bemerkungen über „Intellektuelle“ und „Scheinradikale“ ausgezeichnet.“ In außerordentlich scharfer Kritik der kommunistischen Partei heißt es dann weiter:

„Es entwickelte sich die Auffassung, als seien wir eine Arbeiterpartei neben den anderen und nicht die Partei des Proletariats. Die kommunistische Partei darf die reformistische Illusionen der Arbeiter nicht fördern, sondern muß sie zerstören. Es genügt nicht, gegen die hohen Margarinepreise zu rufen: „Nieder mit den Margarinepreisen, nieder mit dem Brotwucher!“ Die Partei muß die Einzelsorderungen zu einem politischen Sammelziel zusammenschließen.“ (Den Kampf um die Diktatur, was gerade die Zentrale ablehnt. D. Red.)

Der Partei wird vorgeworfen, daß sie die Sozialdemokratie falsch einschätze, wenn sie es überhaupt für möglich halte, mit der Sozialdemokratie zusammen Arbeiterpolitik zu machen. Als Hauptaufgabe sei die Sozialdemokratie nicht als Nachbarpartei zu behandeln, sondern sie „als Partei der Bourgeoisie zu entlarven“ und die Arbeitermassen gegen die Führer aufzubringen. Die Rundgebung wehrt sich dann gegen den eventuellen Versuch, organisatorisch gegen die Minderheit vorzugehen. Sie nennt die Behauptung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, „die Minderheit sei kein Flügel der kommunistischen Partei, vielmehr eine Opposition gegen sie“ ein „verantwortungsloses Spiel mit der Einheit der Partei“. Es seien nur noch einige opportunistische Spinnweben aus der Zeit der USP. und der KPD. übriggeblieben, von denen die Partei sich im Laufe der Aktionen politisch reinigen werde.

Bezüglich der internationalen Verständigung hielt man es bekanntlich bläselo, daß die Regierungen ab und zu zur Beschleunigung der Weltgeschichte den Verband für eine Zeit offiziell außer Tätigkeit setzen und zwecks weiterer Verwirrung der Lage ihre Befugnisse an das Militär abgeben, das seinerseits peinlich darauf achtet, jedes Ueberaustreten einer Gehirntätigkeit zu unterbinden. Das Denken wurde dann durch Inkonsistenzen von Kanonen und Ballonetten ersetzt. Handelte es sich etwa um den Besch einer Quadratkilometer Landes, so gebot die Ehre, dies Stück Land auch von der anderen Seite mit Hilfe von Kanonen zu verwüsten, auch wenn es vor der Hand das eigene war. Im Ruhegebiet haben sich zurzeit einige französische Generale mit Befugnissen auf. Da ihnen indessen augenblicklich nicht mit Gegenüberstellung feuernder Kanonen gedient wird, kommen sie sich mit ihren Mänteln, Lanzen, Minenwerfern und dem anderen Kulturtrümmer wie bestellt und nicht abgeholt vor. Sie rennen rum und markieren Fortschritte. Diese moderne Regelung der Kanonenmethode ist zwar keine ideale Art der internationalen Verständigung, aber besser, als wenn auch bei uns mit Kanonen geschüttelt würde. Einige unserer Volksgenossen sind aber mit dem System der Kastellierung nicht einverstanden. Fest und treu an dem alten Stiebel festhaltend, hoffen sie auf neuen frischen und fröhlichen Krieg, da sich Kriege zur Förderung der Wohlfahrt bestens bewährten. Diese Erkenntnis schöpfen sie aus den Erfahrungen 1914 bis 1918.

In Anbetracht der zur Schau gestellten Zustände beantrage ich, eine Umstellung der bestehenden Ordnung zu veranlassen, dergestalt, daß die Geisteskranken freigelassen und dafür die anderen ins Irrenhaus gesteckt werden. Ergebenst Hans Klaba u t e r m a n n.

Die Arbeit des Reichskunstwart.

Die Beratungen des Postens für die Notgemeinschaft der deutschen Kunst im Haushaltsauschuss des Reichstages benutzte der Abgeordnete Dr. Kamm zu einer Antrage an den Reichskunstwart über seine Tätigkeit. Nachdem auch Abg. Schulz-Bromberg deswegen interpelliert hatte, verbreitete sich Dr. Redstob ausführlich über seine Arbeit als Reichskunstwart.

Er betonte, daß seine Tätigkeit von dem Bestreben geleitet war, fern von allem Nützlichkeitsdenken auf sachliche Gesichtspunkte hinzuwirken. Indem sie in beschriebener Weise eine Grundlage für die verschiedensten Aufgaben zu schaffen suchte, mußte Redstob nicht so sehr den Wälden als den Wurzeln unseres künstlerischen Schaffens nachgehen. So kam er zum Handwerk, zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für deutsche Handwerkskultur und nahm vom gleichen Gedankengang aus Einfluß auf die Wessen. Da wird man z. B. auf der nächsten Leipziger Messe ein Bild der ganzen deutschen bauerlichen Keramik finden; als Wanderausstellung wird diese Veranstaltung durch ganz Deutschland gehen. Vom Kleinen ausgehend, sind schon erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Von besonderer Wichtigkeit ist die Erhaltung unserer Volkskunst mit Betonung ihrer landschaftlichen Charaktere. Eine Ausstellung für deutsche Volkskunst wird im großen vorbereitet. Um unserem guten Kunstgewerbe vor Ausländern eine besondere Verkaufsmöglichkeit zu schaffen, wurden

So steht die Partei aus, die als einzige aus der Not der Zeit einen Ausweg zu weisen imstande ist. Ueberflüssig zu betonen, daß seit dem Parteitag jede Nummer der „Roten Fahne“ mit Berichtigungen angefüllt ist. Alle berichtigten: Ruth Fischer, Maslow, Klara Zetkin, die Redaktion. Es gehört wirklich schon ein besonderes Studium dazu, um herauszufinden, was die Kommunisten nun eigentlich wollen.

Arbeit für Frankreich.

Der Belagerungszustand ist in Bayern wieder aufgehoben. Damit ist auch das Verbot des „Börslichen Beobachters“, das die bayerische Regierung mit ungehörter Tapferkeit für ganze vier Wochen ausgeprochen hatte, wieder hinfällig geworden, und die Nationalsozialisten werden, ohne durch das „Gesetz zum Schutz der Republik“ belästigt zu werden, ihre Organisation dank der Millionenunterstützung durch die Schwereindustrie und dank der Unterstützung durch hohe und höchste Verwaltungsstellen bis zur nächsten Krisisprobe weiter aufbauen können. Das „Tageblatt“ weist auf die eigentümliche Rolle hin, die der Regierungspräsident von Oberbayern, Herr v. Rahr, bei der Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung spielt.

„Unseugbar bleibt: Herr v. Rahr förderte eine Bewegung, die sich als staatsgefährlich erweist, wird als Staatskommisar mit der Durchführung der dagegen notwendig gewordenen Regierungenmaßnahmen betraut und vermittelt alsbald zwischen dem Rebellen Hitler und dem Staatskommisar für München mit dem Ergebnis, daß die Zurücknahme aller Maßnahmen Herrn Hitler zu einem billigen Triumph über die bayerische Staatsregierung verhilft, der Herr v. Rahr präsidentiert hat und jetzt als Beamter untersteht.“

Hitler hat zwar durch die „Telunion“ die französische Herkunft der ihm zweifellos zur Verfügung stehenden Millionenbussen demontieren lassen. Das „Tageblatt“ betont aber noch einmal ausdrücklich die französische Herkunft dieser Gelder, indem es schreibt:

„Kann es da Wunder nehmen, wenn von amtlicher französischer Seite Direktiven gegeben sind, die nationalsozialistische Bewegung in Bayern mit allen Mitteln zu unterstützen, wie Frankreich vordem die danach lang- und franglos zugrunde gegangene Königsparade und den Hochverrat Beoprechting unterstützte? Auf Rahr folgt Dard.“

In der Tat ist die Duldung des nationalsozialistischen Treibens in München bei der gefährdeten außenpolitischen Lage der deutschen Republik unerträglich als je zuvor. Wenn die deutsche Reichsregierung weiter die Dinge in München sich entwickeln läßt, ohne einzugreifen, so wird sie die Verantwortung dafür zu tragen haben, wenn nationalsozialistische Explosionen zum Zerfall der Republik führen.

Gegen Raubpolitik, Völkerhehe und Wucher

Hannover, 6. Februar. (TU.) Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei hatte zu gestern abend 23 große Versammlungen einberufen, um gegen die französisch-belgischen Gewaltakte, zugleich aber gegen die deutschnationalen Kriegsbeherren Stellung zu nehmen. Die Versammlungen waren sämtlich sehr gut besucht. Reichstagsabgeordneter Bren wandte sich mit großer Entschiedenheit gegen das Vorgehen der Franzosen und Belgier. Aufgabe der Bevölkerung im unbefestigten Gebiet sei es, die deutschen Volksgenossen im besetzten Gebiet in jeder Weise zu unterstützen, insbesondere durch Geldspenden. Die Arbeiterschaft werde aber unter keinen Umständen zulassen, daß solche Sammlungen auch zur Unterstützung der verschiedenen nationalistischen Hege vermandt würden. Dann verbreitete sich der Redner über die wirtschaftliche Not und forderte nachdrücklichere Maßnahmen gegen die ungeheure Bewucherung des deutschen Volkes. Die Gewerkschaften in Skandinavien, in Holland, Belgien usw. seien bereits dabei, sich an die Seite ihrer deutschen Arbeitsbrüder zu stellen. Der Geist der Völkerveröhnung sei zu fordern. In einer Resolution erhoben die Versammlungsteilnehmer Protest gegen den Raub des Ruhrgebietes und forderten von der Reichsregierung Maßnahmen, die die Ernährung des Volkes sicherstellen; entsprechende Maßnahmen der Regierung würden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt werden.

auf großen Dyandampfern Verkaufsstellen dafür eingerichtet. Ein Abrücken von Persönlichen zum Sachlichen ergibt sich auch, indem der Reichskunstwart nicht nur von den Reichsbehörden, sondern auch von kleineren deutschen Ländern und Gemeinden gutdächlich herangezogen wird. Auf die Formgebung von Reichssachen konnte er in Zusammenarbeit mit den verschiedensten Künstlern Einfluß nehmen. Die Früchte zeigt die jetzt in Leipzig vom Bunde deutscher Gebrauchsgüter veranstaltete Ausstellung unterer neuen amtlichen Graphik von Münzen, Stempeln, Siegeln, Briefmarken usw. Die Ausstattung des Versammlungstages in seiner Berliner Feiertagsfeier und der Glasfenster im neuen Reichswirtschaftsratsgebäude waren gleichfalls von Redstob veranlaßt. Für die Handwerkskulturbetriebe haben amerikanische Freunde immer noch die Zusammenarbeit der Behörden bei der Beratung künstlerischer Gegenstände. Da wird z. B. der Reichskunstwart in der Öffentlichkeit aufs schärfste angegriffen, weil die neuen Banknoten nicht gefallen, obwohl gerade er mit dieser Frage gar nicht befaßt worden ist. Hoffentlich sind seine Versuche, die neuen Briefmarken mit Entwürfen von Wäldern aus deutschen Städten, auch des alt- und neubefestigten Gebietes vorzubereiten, an der betreffenden behördlichen Stelle ein aufmerksames Auge.

Die ganze Arbeit des Reichskunstwarts soll erst im Reichstage in einer kleinen Ausstellung vorgeführt werden. Redstob's Ausführungen fanden im Haushaltsauschuss einmütigen Beifall.

Der Reichskunstwart wird erst dann eine allseitig befriedigende und für die deutsche Kunst (sonstverleihe Wirklichkeit) entfallen können, wenn es nicht mehr in das Bestehen der einzelnen Reichsbehörden gestellt ist, ob sie sich in Kunstfragen seiner Mitwirkung bedienen wollen oder nicht. Diese Mitwirkung muß obligatorisch sein und es wäre dringend zu wünschen, daß Reichstag und Reichsregierung recht bald Maßnahmen ergriffen, die dem Amt des Dr. Redstob mit den entsprechenden Befugnissen ausgestalten.

Kolnstraße 6. 2. Am nächsten Sonnabend 74. Uhr bricht in der Aula des Gymnasiums zum Frauen Kloster Dr. Hans Lebede über die „Chateaufort“-Wälden und die Darstellungskunst zur Zeit Chateauforts. Am Abend des Kunstgewerbemuseums beim Albrechtstr. 7. Dr. Michael John über „Stilkunde“ unter besonderer Berücksichtigung der Kunst der Brandenburger. (Einladung 60, best. 50.) Am Donnerstag, den 8. finden unentgeltliche Vorträge und Besprechungen statt in den Schulen: Godesstr. 23a, Reichenberger Str. 122, Noackstraße Str. 31-32, Ede Wälden- und Trillstraße, Reichenberger Str. 120-127, Lichtenberg, Gieselerweg. (Vortragende: Franz Kolb, Rosa Heppner, Ernst Hommer, Paul Joch u. a.)

Rein freier Eintritt für Künstler in Wälden! Dem preussischen Landtag hatte der Reichswirtschaftsverband bildender Künstler ein Gesuch um Wiedereröffnung des freien Eintritts für Künstler in die staatlichen Kunstausstellungen eingereicht. Auf Empfehlung des Ausschusses hat trotzdem der Landtag die Bitte ohne Erörterung zurückgewiesen. Künstlervertreter sind bei der ganzen Frage im Landtag so wenig gehört worden wie jeherzeit bei der Regierung.

Gleiche Brüder — andere Kappen!

Eine Abrechnung mit dem Militarismus.

Mit den feilen Verteidigern des französischen Militarismus hält die sozialistische Presse „Freie Presse“ folgende furchtbare Abrechnung:

Denken wir zurück! Als im Krieg Deutschlands Generale in Belgien, in Nordfrankreich Zivilisten zur Arbeit zwingen wollten, und die Widerständigen rasch abtransportierten, ging ein Entrüstungsturm durch die Welt. Da nützte alle deutsche Unschuldpropaganda nichts dagegen. Selbst die „Deutschfreundlichen“ senten den Blick, wenn man ihnen davon sprach. Und damals war Krieg.

Heute ist „Frieden“. Im Ruhrgebiet wollen französische Generale, den Anweisungen gemäß, die sie von der zivilen Völkervereinigung erhalten haben, Zivilisten zur Arbeit zwingen — sind gezwungen, es zu wollen in Durchführung der eisernen Gehege jeder militärischen Befehle fremden Landes.

Und ein Entrüstungsturm geht durch die Welt. Keinerlei französische Aufklärungspropaganda wird dagegen etwas nützen. Und selbst die Verteidiger der Völkervereinigung wenden den Blick ab, wenn man ihnen sagt: „Konnte Frankreich etwas anderes erwarten, als den systematischen Widerstand der Ruhrbevölkerung?“

Durfte Frankreich annehmen, daß nur Franzosen imstande sind, fremder Besatzung zu trotzen, keine Angst vor Repressalien zu haben? Wie hätte Frankreich diejenigen genannt, die von 1914 bis 1918, vom Einfall der deutschen Truppen bis zu ihrem Abzug, preußischem Befehl Folge geleistet hätten? Verräter! Haben nicht französische Kriegsverbrechen, noch vier Jahre nach dem Waffenstillstand, nordfranzösische Industrielle abgeurteilt, weil sie im Verdacht standen, „mit den Deutschen Geschäfte gemacht zu haben“? Hat nicht ganz Frankreich letzte Vernichtung gezeigt für diejenigen, denen wirklich nachgewiesen werden konnte, daß sie sich vor dem preußischen Stiefel gebeugt hatten? Hat nicht Frankreich die ganze Welt angezogen als Zeuge für das gen Himmel schreiende Unrecht, das an Zivilisten in Belgien und in Nordfrankreich verübt wurde, als man sie zu Dingen zwingen wollte, die sich gegen die Interessen Frankreichs richteten? Hat nicht ganz Frankreich dem sozialistischen Bürgermeister von Roubaix, Lebas, zugeschworen, der 1915 absehte, dem deutschen militärischen Befehl nachzukommen, die städtischen Arbeiter aufzufordern, der fremden Besatzung Dienste zu leisten und für drei volle Jahre im Innern Deutschlands einzufertigen wurde? Hat nicht ganz Frankreich dem Brüsseler Bürgermeister Marx zugeschworen, der dem Willen des Generals v. Bissing trotzte und dafür nach Deutschland geschickt wurde? Hat nicht die gesamte französische Presse jeden kleinen Maire, jeden Feldwächter, jeden Postbeamten, der in der bitteren Invasionsperiode „den Deutschen“ auch nur den geringsten Widerstand entgegensetzte, gefeiert? ... Und heute? Heute wird im Ruhrgebiet Belagerungsstand verhängt, wird verhaftet, wird ausgewiesen, sehr ich Beamte, die den Befehlen ihrer Regierung treu bleiben wollen, gezwungen, mit Kind und Kegel sich auf die Wanderschaft zu machen. Und die Pariser Presse kündigt an, „daß dies nur der Anfang“ der energischen Maßnahmen sei, die Frankreich nun, angesichts der deutschen Sabotage, ergreifen werde“.

Schmach und Schande über diejenigen, die Frankreich heute zu dieser Rolle erniedrigen. Sie zitieren das deutsche Beispiel, sie schreiben: „Die Deutschen haben es viel ärger getrieben“, und scheinen nicht zu merken, daß die Tatsache allein, daß ihnen ihr Gehirn das deutsche Beispiel ins Gedächtnis zurückruft, daß sie gezwungen sind, „Vergleiche“ anzustellen, das furchtbarste Urteil bildet über das, wessen sich das offizielle Frankreich gegenwärtig schuldig macht im Ruhrgebiet.

Wir haben diesen Betrachtungen weiter nichts hinzuzufügen, als den Ausdruck der Genugtuung darüber, daß sich die deutschen Arbeiter im Widerstand gegen militaristische Gewalt nicht weniger heldenmütig zeigen, als einst — im Kriege — ihre belgischen und französischen Kameraden.

Englische Stimmen.

London, 6. Februar. (W.B.) Der Berliner Berichterstatter der „Westminster Gazette“ hebt hervor, daß der Besuch des Reichskanzlers Cuno im Ruhrgebiet die dort herrschende Entschlossenheit zum Durchhalten gestärkt hat. Die Anwesenheit des Reichskanzlers im Ruhrgebiet habe der dortigen Bevölkerung gezeigt, daß auch die deutsche Regierung in ihrem Widerstand entschlossen ist und die Anstrengungen der Ruhrbevölkerung warm unterstützen wird. Auch der Berliner Berichterstatter der „Daily Mail“ gibt zu, daß Cunos Reise ins Ruhrgebiet den Einfluß des Reichskanzlers auf das Volk gestärkt hat. Der Düsseldorf-Sonderberichterstatter der „Daily Chronicle“ schreibt, Cuno habe den klarsten Beweis erhalten, daß die gesamte Bevölkerung hinter der deutschen Regierung und ihrer Politik steht und von der Regierung jede Unterstützung in ihrem hartnäckigen Widerstand gegen die Franzosen erwartet.

London, 6. Februar. (W.B.) „Westminster Gazette“ zufolge wurde die Lage im Ruhrgebiet gestern abend in London erster beurteilt. Es werde eine wachsende Erregung unter der deutschen Bevölkerung berichtet.

Ein neuer Scherbenhaufen.

Nach dem Abbruch der Lausanner Konferenz.

London, 5. Februar. (W.B.) England zieht einen Teil der atlantischen Flotte von Gibraltar zusammen, um die Schiffe nach dem Rachen Osten entsenden zu können, „wenn die Lage es erfordert“. Die Schiffschiffe „Resolution“ und „Royal Sovereign“ sind nach den Dardanellen abgegangen, um die unter Admiral Brod stehende Flotte zu verstärken.

Amerika vermittelt.

Coussanne, 5. Februar. (W.B.) Der amerikanische Vertreter Child hatte noch eine Unterredung mit Smet Laska, in der er, wie man hört, vor allem darauf drang, daß die Türken das Waffenstillstandsangebot von Mudania als weiterhin gültig betrachten und zu keinen kriegerischen Maßnahmen schreiten, solange noch Möglichkeiten für Verhandlungen bestehen. In französischen Kreisen wird dafür Stimmung gemacht, daß eine etwaige Wiederaufnahme der Verhandlungen in Paris stattfinden.

Die Teuerung im Januar.

Nach den Feststellungen des statistischen Reichsamts beträgt die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) im Durchschnitt des Monats Januar 1120,27 (1913/14 = 1) gegenüber 685,06 im Dezember 1922. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt 63,5 v. H. Die Indexziffer ohne die Bekleidungsausgaben stellt sich auf 1034; sie ist danach um 60,1 v. H. höher als im Vormonat. Die Bekleidungskosten allein haben sich nur um 44,9 v. H. auf 1082 erhöht, während die Ernährungskosten um 69,3 v. H. auf das 130fache gegenüber dem Frieden gestiegen sind. Diesen Durchschnittsberechnungen liegen die Erhebungen am 10. und 24. Januar zugrunde.

Sie wittern Morgenluft. Nach New Yorker Zeitungsmeldungen trifft die amerikanische Rüstungsindustrie Vorbereitungen, um die Friedensproduktion zurückzustellen, da sie in der nächsten Zukunft aus Europa namhafte Rüstungsaufträge erwartet.

Religion auf dem Hof.

Das ist das Neueste zur Hebung der Sittlichkeit! Seit ein paar Sonntagen sieht man auf den Höfen im Westen eine seitliche Sängerschar (nicht Heilsarmee). Westens sind es vier Damen und vier Herren mit einem Anführer und Redner. Der hält zunächst mal eine Ansprache, in der sehr viel von Sünde und Unsitlichkeit vorkommt und der Verworfenheit aller Menschen. Daran wird mit Schwung und Pathos die dringende Bitte geknüpft, der Sünde und der Unsitlichkeit zu entsagen und ein frommes Leben zu führen. Um die vielleicht noch Wankenden und Zweifelnden in diesem schönen Entschluß zu bestärken, singt darauf die Schar ein paar geistliche Lieder und plüßert auf den nächsten Hof. Vorher aber wird fleißig die Sammelbüchse geschüttelt, und eine der Damen begibt sich in die Häuser und bittet um eine milde Gabe. Wozu das gesammelte Geld dient und wer es erhält, weiß man nicht. Vielleicht soll es zur Abtreibung der Sünde und Unsitlichkeit aus der Welt dienen, vielleicht ist es aber auch dazu bestimmt, den singenden Herrschaften eine Entschädigung für abgenutzte Kleidung durch Regen, Wind und schlechtes Wetter zu verschaffen. Denn die Sänger und Sänginnen sind sehr elegant gekleidet, und es muket so an, als wollten sie den Leuten auf dem Hof sagen: Seht mal, so fein wie wir sind, verschmähen wir es doch nicht, vor euch zu singen. Also muß an der Sache doch was dran sein!

Diese Religionsübungen auf dem Hof aber sind, wie man sich leicht denken kann, außerordentlich — feierlich. Viele werden durch den Gesang aus Bett und Schlaf geschweicht und murmeln etwas von großem Unfug. Andere wieder begleiten diese Rede mit allerhand wichtig sein sollenden Kommentaren. Kinder beteiligen sich am Gesang mit spitzigen Distanzstimmen und finden das alles sehr spaßig, Hunde bellten und Ragen miauen ängstlich.

Für die meisten sind derartige „Andachtsübungen“ auf dem Hof ein Vergnügen, und es töte wirklich not, daß die Behörden gegen diesen Unfug einschreiten.

Immer wieder Folgen des Krieges.

Der Staatsanwalt selbst beantragt die Freisprechung.

Vor dem Schöffengericht des Landgerichts III hatte sich ein junger Mann zu verantworten, der im Raufzustand sich der Verhaftung durch einen Beamten der grünen Polizei durch Tätlichkeiten widerlegt hatte. Er hatte den Beamten mit Faustschlägen ins Gesicht traktiert, die rasch hinzukommende Menschenmenge nahm sofort Stellung gegen den „Grünen“, der von seiner Waffe Gebrauch machen mußte und mit dem Seitengewehr dem Angeklagten eine Kopfwunde beibrachte.

Ein interessantes Sachverständigenurteil des Sanitätsrats Dr. Beppmann beleuchtete ausführlich die psychologischen Krankheitserscheinungen des jungen Mannes, der durch vier Jahre Gefangenschaft in Sibirien nach und nach an feilscher Widerstandskraft eingebüßt habe. Der Angeklagte, der von allen seinen Freunden als ein durchaus lebenswürdiger Mensch geschilbert wird, hat sich, um über jenseitige Depressionen hinwegzukommen, dem Trunke ergeben. In solchen Raufzuständen ist er vollkommen geistig unzurechnungsfähig. Sanitätsrat Beppmann bewies, daß bei dem Angeklagten der § 51 (Nichtverantwortlichkeit der begangenen Tat) in Anwendung gebracht werden müsse. Für die gleiche Entscheidung plädierte der Verteidiger. Auch der Staatsanwalt schloß sich dieser Meinung an, und das Gericht erkannte auf Freisprechung auf Kosten der Staatskasse. — Sichtlich ergriffen nahm der Angeklagte die Freisprechung hin, und man hatte einmal das Gefühl, daß das Gericht hier einem Menschen zu einem neuen positiven Leben verhelfen habe.

Schieber und Wucherer an den Pranger.

In der Begründung, die dem Rotgesetz gegen die Schlemmer und Wucherer beigegeben ist, heißt es bezüglich der letzteren: „Der Jäh, durch den Einbruch ins Ruhrgebiet verschärfte Sturz der deutschen Mark hat auf allen Warenmärkten Preissteigerungen von solcher Höhe und Schnelligkeit zur Folge, daß ein großer Teil der Bevölkerung an der Anschaffung selbst des notwendigen Lebensbedarfs gehindert ist. Diese Sachlage birgt zugleich die Gefahr in sich, daß die allgemeine Notlage von einzelnen unläutereren Elementen wucherisch zu eigenem Vorteil ausgenutzt wird. Solchem unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders verwerflichen Gebaren muß mit allen gesetzlichen Mitteln entgegengetreten werden. Die bestehenden Vorschriften bieten schon starke Handhaben zum Einschreiten. Eine gewisse Hilfe besteht im geltenden Recht nur insofern, als die öffentliche Brandmarke der Wucherer und Schieber noch nicht in allen bedeutenderen Fällen dringend vorgeschrieben ist. Die Bestimmungen des Gefehentwurfs sollen das geltende Preisverbotrecht in dieser Richtung ergänzen.“

Es gibt viele schöne Gesetze. Aber es kommt auf ihre Anwendung an. Wir wagen trotz mancherlei Erfahrungen den bescheidenen Wunsch auszusprechen, daß den in dem neuen Gefehentwurf enthaltenen präzisieren Worten gegen das Wucher- und Schieberpad auch ein ebenso tatkräftiges Vorgehen in der Praxis folgen möge. Letzten Endes wird diese ganze Gesellschaft erst bei einer Befundung der wirtschaftlichen Verhältnisse verschwinden, weil ihr schmutziges Gewerbe dann nicht mehr den lohnenden Profit abwirft. Und um des Profites willen wird diese Gesellschaft stets Kopf und Kragen riskieren und sich nur soweit um die Gesetze kümmern, als sie nach Möglichkeiten finden, sie umgehen zu können.

Wacht am Rhein mit Vorkrieg.

Man schreibt uns: Vorkriegszeiten sind jetzt in Berlin an der Tagesordnung. Wer als Republikaner oder Sozialist studienhalber solche Lokale besucht, wird entsetzt sein über das, was sich dort seinen Augen darbietet. Sobald so ein Nationalist die nötige „Schwüre“ erreicht hat, klettert er auf die Bühne, spendiert eine „Lose“, ergreift den Dirigentenstab und richtig, die Kapelle haut los: „Deutschland, Deutschland, über alles“. Es braust ein Ruf „Woh!“ Sofort fällt die hierfällige Jubelstimmung mit ein und der Saal erzittert von süßem Gebrüll. Dieser in Erwägung unserer augenblicklichen Lage beschämend etelchaste Rummel wiederholt sich am Abend zu tückenden Malen. Es werden fast keine anderen Lieder mehr gespielt. Geld spielt ja keine Rolle und die Musiker denken sich nicht viel dabei. Herrgott, man verdient doch! Man muß sich in dieser Gesellschaft wirklich schämen, ein Deutscher zu sein.

Es ist nur zu berechtigt, wenn Arbeiter, die zufällig in einen solchen nationalistischen Wertstempel hineingeraten, ihrer Empörung Luft machen. Gerade in der Zeit, wo die Ruhrbevölkerung einen verzweifeltsten Kampf führt und überall Gewitterwolken sich zusammenballen, ist es Pflicht solcher Vergnügungshäuten, dergleichen widerliche Auswüchse mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Störungen auf der Nord-Süd-Bahn. In den Morgenstunden, kurz vor 8 Uhr, stellte sich eine Störung im Betriebe der Nord-Süd-Bahn ein. Eine Stromzuführungsschiene am Bahnhof Friedrichstraße war defekt geworden und veranlaßte, daß die Züge einige Zeit diese Strecke nicht befahren konnten. Nach 8 1/2 Uhr wurde der Verkehr wieder aufgenommen. — Fast zur gleichen Zeit ereignete sich in der Baugrube der Nord-Süd-Bahn, an der Kreuzung der Friedrich- und Georgenstraße, ein Rohrbruch, der ebenfalls eine Verkehrsstörung nach sich zog. Das Wasserrohr, das durch die Baugrube läuft, ist aus noch ungeklärter Ursache gesprungen. Die Wassermengen drangen zum Teil in die Keller der Wohnhäuser.

Schwer bestohlen wurde der frühere österreichische Gesandte Dr. Hartmann auf dem hiesigen Anhalter Bahnhof. Ihm wurden dort zwei Koffer entwendet, die für eine Viertelmillion Reichsmarkstücke enthielten. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Dr. Riemann im Polizeipräsidium entgegen.

Die neueste Grubenkatastrophe.

4000 Mann arbeitslos.

Die gefährliche Arbeit des Bergmanns wird durch die Grubenkatastrophen in Oberschlesien, die sich geradezu überstürzen, schlaglichtartig illustriert. Raum hatten sich die Gruben über die Opfer in der Abwehrgrube der Donnersmarkischen Eisen- und Hütte A. G. geschlossen, die das Opfer der Explosion einer Benzololomotiv geworden waren, als auch schon die Nachricht von dem noch entsetzlicheren Unglück in der Heinhgrube eintraf, das, durch eine Kohlenstaubexplosion hervorgerufen, fast 150 Arbeiter in den Schächten begrub. Jetzt haben Hochwassermengen, laminarartig von einem Schacht in den anderen bringend, etwa 4000 Bergleute ihrer Existenz beraubt. Auf Wochen wird die Förderung in diesen Gruben stillgelegt und die Arbeiterschaft hat letzten Endes immer wieder die Folgen dieser Geschehnisse zu tragen.

Zu der Dammbruchkatastrophe berichten die in Oberschlesien erscheinenden Blätter: Infolge des in den letzten Tagen anhaltenden Regens und Tauwetters war die Brincha über ihre Ufer getreten. Einige Kilometer vom Czakai-Schacht brachen die Wassermassen durch und rissen das Schachgerüst fort. Wenige Minuten später erfolgte der Durchbruch beim Knoff-Schacht und Unmengen Wassers stürzten in die Sohle. Zwei Arbeiter fanden den Tod. Vom Knoff-Schacht gelangten die Wassermassen in die Stollen der angrenzenden Hanngrube und setzten diese wie den Sigiun-Schacht unter Wasser. Die Betriebsfeuerwehren der umliegenden Gruben, Hunderte von Arbeitern und mehrere Pionierabteilungen eilten zur Hilfe und versuchten in rastloser Arbeit die Durchbruchsstelle zu schließen. Die Hauptfrage war, die Gefahr für die markierenden Gruben, insbesondere für die Richterschächte abzuwehren, aber Sonntag nachmittag brachen auch hier die Wassermassen in einer Breite von 4 Metern und in einer Höhe von 1 1/2 Metern durch. Weiterhin sind die Wag-Grube, die Gräfin-Laura-Grube, Eminenz-Grube und die Georg-Grube gefährdet. Der Schaden beläuft sich auf Milliarden, da die betroffenen Schächte auf Wochen stillgelegt sind. Der Wasserbruch dauerte morgens noch an. Die über 4000 Mann zählende Belegschaft ist arbeitslos geworden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, zeitweilige heiter, bald wieder stärker bewölkt mit geringen Niederschlägen und trübem nordöstlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Zur Nachahmung empfohlen! Von wenigen Genossen der Belegschaft des Zentralnachweisamts für Kriegerverluste in Spandau sind auf einer Sammelliste 2240 M. für den Kampffonds gesammelt worden, worüber hiermit auf Wunsch öffentlich quittiert wird. Allen Zeichnern hierdurch besten Dank. Weg Vogels.

Schneider, Sozialdem. Wahlkreis SPD. Donnerstag 8 Uhr bei Wirth, Bahnhofsstraße: Offizieller Parteitag. Thema: Ruhrbesetzung und Arbeiterschaft. Referent: Wacker Die 102.

Kreuzberg. Mittwoch 8 Uhr, Bezirksvereins-Versammlung, Poststr. 11. 8 Uhr, Sitzung der Kommunalen Kommission, Poststr. 11 (Bezirksamt), Zimmer 35.

76. Wkt., Dahlem. (Richt 75 Wkt.) Mittwoch, abends 8 Uhr, Parteiverammlung im Lokal Schilling, Köpenicker Str. 18. Thema: Die politische Lage und die SPD. Referent: Genosse Rabel. W. 2.

101. und 102. Wkt., Treptow-Dammulenuweg. Heute abend 7 1/2 Uhr, Sitzung beim Vorstände und Bildungsausschüsse bei Risch, Eisenstr. 97.

119. Wkt., Köpenick. Mittwoch, den 7. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung der Württembergische im Gerlien-Cyberum, Gefängnis-Kathausstraße.

Januar-Tagung. Ortsgruppe Köpenick. Heute abend 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Partane 18. Vortrag des Genossen Wilhelm. 6800 willkommen.

Die Frauen und das Ruhrgebiet.

Eine Konferenz der Berliner Funktionärinnen nahen gestern ein Referat der Genossin Juchacz über die politische Lage entgegen und erbat die Zustimmung der Kandidaten für die Besetzung des Bezirksvorstandes sowie der Delegierten für den Bezirksauswahls der Arbeiterbewegung.

Genossin Juchacz schilderte in ihrem Vortrage die Lage, die durch die Besetzung des Ruhrgebietes entstanden ist, und ging dabei zunächst auf das Verhalten der Reichstagsfraktion ein. Uebergehend zu dem Widerstand im Ruhrgebiet erklärte sie, daß die passive Resistenz der Arbeiterschaft ein hohes Zeugnis ihrer bewußten Disziplin und politischen Schulung darstelle. Ihr Verhalten solle uns in der Zukunft darauf bauen, daß mit dieser Arbeiterschaft auch noch mancher andere Kampf erfolgreich geführt werden könne. Es ist viel eher berechtigt, von dem

Heldentum der Arbeiter

zu sprechen als von dem der Zehntausender und Direktoren. Denn die Arbeiter riskieren ihre Existenz. Es ist Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, darauf hinzuwirken, daß dieses mit Waffen ausgelegene Vorgehen der Franzosen alsbald ohne wesentliches Blutvergießen seinen Abschluß findet. Die Rednerin ging dann auf die wirtschaftlichen Ursachen der Ruhrbesetzung ein, die in dem Streben der Kapitalisten nach der Bereinigung von Kohle und Eisen zu suchen sei. Wir haben zunächst keine Ursache, auf das Eingreifen irgendeines anderen Staates zu rechnen, denn England ist an der Lösung der Petroleumfrage viel mehr interessiert als an der Ruhrfrage. Die wirtschaftlichen Ziele Frankreichs sind keine anderen als diejenigen der deutschen Kapitalisten, als sie sich während des Krieges auf der Höhe ihrer Macht glaubten. Die Abwehr des französischen Einmarsches in das Ruhrgebiet ist für uns

ein Stück Klassenkampf in komplizierter Form.

die unsere ganze geistige Stärke verlangt, um die Lage in ihrer letzten Konsequenz zu erkennen. Es ist ein Kampf gegen den Imperialismus der ganzen Welt. Wir haben die Verpflichtung, aufzutreten gegen jede nationalistische Welle. Trotdem vertritt es sich durchaus mit dem Sozialismus, Nationalismusfinden zu haben. Denn jeder, der sein Volk liebt, und wünscht, daß von ihm jede Schädigung und jede Unterdrückung abgewehrt werde, muß das gleiche auch den anderen Völkern wünschen. Und so entsteht aus einem gesunden Nationalismusfinden der Internationalismus, den wir Sozialdemokraten erstreben. Bezüglich der Regierungserklärung wegen der Ruhrbesetzung sagte die Rednerin, daß es besser gewesen wäre, wenn sie nicht erfolgt wäre. Die Regierung habe die Pflicht,

sich für Verhandlungen bereit zu halten,

wenn auch nicht geeignet werden kann, daß es politisch unmöglich ist, in diesem Augenblick Verhandlungen anzubieten. Das kann nur eine Aufgabe von Mittelpersonen sein. Die Sozialdemokratie hat dahin zu wirken, daß die ganze Kompliziertheit der heutigen politischen Lage begriffen wird, und daß das Verständnis für die Politik der Gegenwart wächst. Erst eine spätere Generation kann sich einen Ueberblick verschaffen über die heutigen politischen Ereignisse und ihren Einfluß auf die Gesamtentwicklung. (Beifall.)

An der Diskussion beteiligte sich insbesondere die Genossin Wurm. Sie wandte sich, nicht ohne Widerspruch, gegen die passive Resistenz, die ein zweischneidiges Schwert sei, und sah in den Verhandlungen den einzigen Ausweg, um aus diesem Dilemma herauszukommen.

Vor Eintritt in die Diskussion wurden die Wahlen für den engeren und erweiterten Bezirksvorstand erledigt. Dem Bezirksvorstand soll für die Wahl in den engeren Vorstand die Genossin Wachenheim empfohlen werden. In den erweiterten Bezirksvorstand sollen delegiert werden die Genossinnen Bohm-Schau, Schim und Wengels; als ihre Stellvertreterinnen wurden die Genossinnen Rynd, Scholz und Hoppe gewählt.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik der Holzarbeiter.

Mit den Arbeitseinstellungen in der Holzindustrie beschäftigt sich eine stark überfüllte kombinierte Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes (Ortsverwaltung Berlin), die am Montagabend in den „Kammerfäden“ stattfand. Redner des Abends war Böse, der in seinen Ausführungen die derzeitige Streiklage eingehend schilderte. Es sind von rund 400 Betrieben etwa 3189 Kollegen im Streik. Eine inzwischen mit den Arbeitgeber geprüfte Verhandlung führte zu keiner Verständigung. In ihrer Sachzeitung lehnen die Unternehmer unsere Forderungen ab und behaupten, daß die Verhandlungskommission ihnen diese Forderungen als ein Diktat unterbreitet habe. Sie drohen mit einer Absperrung der gesamten Arbeiterschaft. Der Redner bemerkte hierzu, daß die Kollegenschaft vor solchen Drohungen nicht zurückzuschrecken brauche, und wies dann auf die Taktik hin, die nunmehr eingeschlagen werden müsse. Vor allem müsse eine kräftige Unterstützung der im Kampf befindlichen Kollegen stattfinden.

Die folgende Diskussion zog sich bis in die späten Nachstunden hin. Ueberwiegend waren es Kommunisten, die sich an der Aussprache beteiligten und in langen Reden für eine „Erweiterung“ des Streiks eintraten. Ihre Wünsche waren in einer langen Entschließung zusammengefaßt.

In einem Schlußwort erklärte Böse, daß diese Entschließung am Sonntag von der kommunistischen Fraktion festgelegt worden sei. Durch die von den kommunistischen Rednern vorgeschlagenen Mittel würde für die Kollegenschaft nichts erreicht werden.

Bei der Abstimmung wurde die von kommunistischer Seite eingebrachte Entschließung abgelehnt, dagegen folgende von der Ortsverwaltung in Vorschlag gebrachte mit großer Mehrheit angenommen:

„Da nach dem Beschluß der kombinierten außerordentlichen Generalversammlung vom 30. Januar der Streik sich nur auf die Betriebe der „Bereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie“ erstreckt und ein partieller ist, sind nur noch Betriebe in den Kampf zu ziehen, die bei der jeweiligen Bewegung einen Ausschlag geben. Betriebe, die das Arbeitsverhältnis fortsetzen, haben zwecks Unterstützung der am Kampf stehenden Kollegen einen Extrabeitrag von 10 Proz. des Wochenverdienstes bei voller Arbeitszeit zu leisten. Die Sammlung erfolgt auf Betriebslisten durch den Betriebsobmann und sind die Beträge sofort im Bureau abzurechnen.“

Aufruf zur Ruhrhilfe.

Am 30. Januar nahmen die Funktionäre des ADG, Ortsausschuß Groß-Berlin, Stellung zur Ruhrhilfe. Es wurde einstimmig beschlossen, sich an der Sammlung zu beteiligen. Eine gemeinsame Sammlung mit den Unternehmern und den Verwaltungen wurde einstimmig abgelehnt. Die Mitglieder werden ersucht, nur auf Sammellisten zu zeichnen, die von den angeschlossenen Organisationen in Umlauf gesetzt werden. Auf diese Listen zeichnet schnell! Als Beitrag wird ein Stundenverdienst des jeweiligen Einkommens empfohlen. Der Ortsausschuß des Allgemeinen Beamtenbundes Groß-Berlin.

Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen.

Das vom Reichstag am 16. Januar verabschiedete Gesetz über die Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen, worüber wir in Nr. 34 des „Vorwärts“ berichteten, ist am 2. Februar in Kraft getreten.

Bei Änderungen allgemeinverbindlicher Tarifverträge, die ausschließlich eine Anpassung der geldlichen Leistungen an die Preisverhältnisse enthalten, kann künftig die Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit ohne vorherige Bekanntmachung und Stellung einer Einspruchsfrist erfolgen, wenn der Antrag auf Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit von sämtlichen Vertragsparteien gestellt oder gegen den von einzelnen Vertragsparteien gestellten Antrag von den anderen keine Einwendung erhoben wird. Falls also die Vertragsparteien den Antrag entsprechend vorbereiten und unverzüglich stellen, werden solche Lohnabkommen künftig schon etwa innerhalb einer Woche nach ihrem Abschluß allgemeinverbindlich sein können.

Die Parteien eines Tarifvertrages werden hiernach gut tut, Änderungen von Lohnvereinbarungen aus Anlaß veränderter Preisverhältnisse nicht mit anderen Änderungen des Tarifvertrages in einem gemeinsamen Abkommen zu treffen, sondern über sie eine besondere Vereinbarung abzuschließen, die im Wege des vereinfachten Verfahrens beschleunigt für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Ferner ist es zur Beschleunigung des Verfahrens zweckdienlich, wenn die Parteien den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitsklärung gemeinsam stellen. Stellt nur eine Vertragspartei den Antrag, so muß sie, um Verzögerungen zu vermeiden, gleichzeitig die schriftliche Erklärung der anderen Parteien beibringen, daß diese gegen den Antrag keine Einwendungen erheben. Kann eine solche Erklärung nicht mit dem Antrage zusammen eingereicht werden, so empfiehlt es sich, sie beschleunigt nachzubringen. Der Antrag auf Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit einer Tarifvereinbarung ist bei der Reichsarbeitsverwaltung (Tarif-

abteilung) in Berlin NW 6, Luisenstr. 32/34, zu stellen. Dem Antrage ist die Urchrift oder eine amtlich beglaubigte Abschrift der Vereinbarungen beizufügen.

Zur Lage der Café-Hausangestellten.

Dazu wird uns folgender Beitrag geliefert: Im Café Hans Sachs in Groß-Lichterfelde, am Bahnhof, werden drei Hausangestellte gegen einen Monatslohn von fünfhundert Mark nebst freier Station beschäftigt. Das gebotene Essen reicht jedoch nicht aus, weshalb die Angestellten sich nach Lebensmitteln kaufen müssen, soweit der Bartlohn dazu reicht. Wenn ein „guter Gast“ soweit ist, daß er nicht mehr nach Hause kommen kann, oder wenn er den letzten Anschlag verpaßt hat, zeigt sich der menschenfreundliche Lokalinhaber Schreier bereit, ihm das Bett der Hausangestellten zu überlassen. Die Hausangestellten müssen dann in der Küche auf Stühlen schlafen. Als eine in diesem Betriebe seit 8. Dezember beschäftigte Angestellte erkrankte, stellte sie heraus, daß sie bei der zuständigen Krankenkasse der Gastwirtschaft nicht angemeldet war, weshalb sie keinen Krankenschein bekam. Die Angestellten sind „natürlich“ unorganisiert, sonst könnte man nicht berart mit ihnen umspringen. Das erste muß also sein: in den Verband!

Der Streik im Saargebiet.

hat auf allen Gruben eingeseht. Während die französischen „Gerichtsvollzieher“ im Ruhrgebiet die Bergarbeiter zu Forderungen ermuntern und ihnen die Erfüllung ihrer Forderungen unter ihrer gefälligen Mitwirkung in Aussicht stellen, lehnt die französische Grubenverwaltung im Saargebiet eine Lohn-erhöhung schroff ab. Auf den Saargruben werden wohl zahlreiche kostspielige Einrichtungen im Interesse der französischen Propaganda unterhalten, die mit dem eigentlichen Zweck der Gruben nichts zu tun haben, doch für ausreichende Löhne scheint kein Geld vorhanden zu sein, obwohl Frankreich in der ganzen Welt keine billigeren Kohlen bekommt als im Saargebiet, auf Kosten der deutschen Bergleute.

Centralverband der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Hausangestellten. Drei große allgemeine Mitteilungen: Besam m. i. u. s. e. n. Mittwoch nachmittags 5 Uhr: Reichen-Terrasse, Potsdamer Straße 11. Donnerstags 11 Uhr: Kautzka-Platz, Siles. Lutherstraße 11/12. Germania-Saal, Kautzkastraße 110. Tagesordnung in allen Versammlungen: „Der Schiedsgericht über die Fernreise.“ Referenten: Saar, Hennings, Wietje, Kollmann und Kollegen! Die Saat im Gastwirtsgerichte ist schwebig! Die brauchen deshalb die tüchtige Mitarbeit aller Angestellten. Nicht unserer Mitglieder ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte kein Zutritt!

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Glade, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin, Lindenstr. 3

Eine Woche

extra billiger

Tafel- und Kaffeeservice-Verkauf

Kaffeeservice, Porzellan	Speiseservice, Porzellan	Steingut-Kaffeeservice
6 Pers., i. verschied. Dekoren, 9tlg. 8500 M.	weiß, 23tlg. 24 500 M.	bunte Randdekore 8 500 M.
6 Pers., i. verschied. Dekoren, 9tlg. 9500 M.	weiß, 77tlg. 78 000 M.	Rose handgemalt 14 500 M.
6 Pers., in versch. Dekoren, 9tlg. 12500 M.	dekoriert, 23tlg. 58 000 M.	Steingut-Tafelservice
12 Pers., in versch. Dekoren, 15tlg. 19500 M.	dekor., 77tlg. 295 000 M.	6 Pers., 23tlg. 39 000 M.
mit feinem Randdek.	unter Glasur	6 Pers., 23tlg. 38 000 M.

Gleichzeitig extra Angebot in sämtlichen Abteilungen

Lederwaren, Wirtschaftsrartikel, Stahl- und Nickelwaren zu enorm billigen Preisen.

Satz Aluminiumtöpfe, schwere Ware, 6 Stück im Satz 19 500 M. Wassereimer, grau 1275 M.

Porzellan-Emaille-Markt

Spezialgeschäft größten Stils

Berlin-Wilmersdorf, Berliner Straße 30-31.



18. Februar, 17 Uhr Meisters. 18 Uhr in 33 Neue Dichtungen v. Ernst Toller.

Edel- und Altmetalle höchstzahlend 38 Ackerstr. 38.

Gold, Silber, Platin-Bruch Zahngelisse
kaufen zu außerordentlichen Preisen, da Selbstverwertung.
I. Skalitzer Str. 31 Lad.
II. Kaiser-Allee 210
Eing. Regensburger Str.

Alte Gebisse auch zerbrochene pro Zahn 2200, 4000 bis 90000 Mark Gold-, Silberbruch zum Tageskurs kauft Zahn-Ankaufsstelle
B. Zymelski, Weihenburger Str. 32

86 Gartenstr. 86 Zahngelisse
Gold, Silber-Bruch, Platin kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

Zahngelisse
einzelne Zähne, auch zerbrochene, Gold- und Silberbruch, Brillanten, Uhren, Kett. n. Ringe kauft
Malitzki & Weiss
Warschauer Str. 5, a. d. Frankl. Allee.

Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhilber
18 Kottbusser Damm 18
Schöne Reste für Herren-Anzüge Hülsen Kostüme Kleider in Stoff, Samt und Seide, sowie Futterstoffe. Ständig (eig.) große Auswahl. Sitzen reell. 1a Qualität.

Erich Fuhrmann
Handelsgerichtlich eingetragene Firma
kauft Gold-, Silber-, Platin-Bruch auch Brillanten - Zahngelisse
Berlin NW 87 Nur Goltzkowskystr. 13

!!! In allen Gegenden ist mein großer Erfolg bekannt !!!
durch meine streng reelle Gewichtsangabe und genaueste Abschätzung

Brillanten

Für größere Steine bis 1800 000 Mark Mehr ist niemand imstande zu zahlen.

Gold-, Silber-, Platin-, Double-Bruch-Sachen

zum höchsten Börsenkurs
Zahngelisse bis 400 000 Mk., mehr ist niemand imstande zu zahlen. Auch einzelne Zähne, Uhren bis 1 000 000 Mk., mehr ist niemand imstande zu zahlen.

Münzen-Sammlungen

zu enormen Ankaufspreisen.

Die übermäßig zahlreichen brieflichen Anfragen können unmöglich beantwortet werden, jedoch werden Warenanfragen prompt erledigt.
Mein seit vielen Jahren bestrenommiertes offenes Ein- und Verkaufs-Geschäft gibt Ihnen die volle Garantie, streng reell und fachmännisch bedient zu werden, daher verkaufen Sie Ihre Werte

Juwelen-Geschäft Hans Köpp, Berlin
Gartenstr. 105-106 wisch. Invalid- u. Elsässerstr. 3 Minuten vom Stettiner Bf.
Telephon Norden 457.

Platin-, Gold- und Silberbruch Zahngelisse, Uhren, Ketten, Ringe sowie Altmetalle kauft zu skntil. Engrospreisen
M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32 (Laden)
1 Minute vom Bf. Frankl. Allee
Fahrgeleitvergütung
Größtes Absatzgebiet für Händler

Gebisse
Edelmetalle Bruch
Zletlow, nur Badstr. 16
Restehandlg.
Haarpuder
Goltzstr. 2 u. 1. Stock
Korsetts u. Damenstoffe, Seiden, Samt, sämtliche Futterstoffe
bedeutend unter Preis

Max Busse
Gegründet 1878.
Neu eröffnet **Ankaufabteilung** Neu eröffnet
für
Gold-, Silber-, Platin- Brillanten
gegenüber dem altbekannten Haupt-Geschäft
Brunnenstraße 18
an der Invalidenstraße.

Zahngelisse auch zerbrochene Gold-, Silber- Platin- Double kauft zum höchsten Tagespreis
Edelmetallverwertung **Hiesiger**
C., Kottstraße 8, Laden, nahe Gertraudenstraße.
Gold-, Silber-, Platin-Bruch Brillanten
Zahngelisse zahlt unüberbleibbare Preise
R. Felske,
67 Grosse Frankfurter Straße 67.

Zahngelisse
auch einzelne Zähne kauft zum höchsten Tageskurs sowie
Gold-, Silber-, Platin-Bruch sämtliche Schmuckgegenstände gegenstände
zerbrochene Gegenstände genau denselben Wert, aus
Barheine Edelmetallverwertung
2 Invalidenstr. 2 v. I rechts, kein Laden
Eingang Elisabethkirchstraße
9 Kopenhagener Straße 9 (Laden)
2 Minuten vom Bahnhof Schönhauser Allee.

Spez. Behd. **Ischias** in Hölten, Gesäß und Bein in 15 T. begehrt. Invalidenstraße 106, 8-11, 4-6, Jacoby

Tuchhaus „Centrum“ G. m. b. H. C. 19, Neue Gränstr. 40 verkauft Qualitäts-Herren- und Damen-Stoffe zu nicht erhöhten Preisen